

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	29. September 2015, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Südwerk-Bürgerzentrum Südstadt, Henriette-Obermüller-Straße 10, Karlsruhe
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

31.

Punkt 31 der Tagesordnung: Nachhaltige Vergabekriterien
Antrag der Stadträte Parsa Marvi und Michael Zeh, der Stadträtinnen Gisela Fischer und Yvette Melchien (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 31. August 2015
Vorlage: 2015/0534

Beschluss:

Kennntnisnahme der Antwort der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 31 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Fischer (SPD): Unser gemeinsames Ziel ist, einer umweltverträglichen und sozialen Wirtschaft ein Stück näher zu kommen. Ein Zitat unserer Wirtschaftsbürgermeisterin vor wenigen Tagen anlässlich einer internationalen Konferenz hier in Karlsruhe. Diesem Ziel sind auch wir als Stadt verpflichtet. Wir anerkennen das bisherige Bemühen der Stadtverwaltung um mehr Nachhaltigkeit im Rahmen von Beschaffung und Vergabe. Aber wir können und müssen hier auch mehr tun.

Ich habe schon erwähnt, in Teilbereichen der Verwaltung sind wir auf einem guten Weg. Es fehlt uns aber bisher eine gemeinsame Linie und Zielrichtung über die Verwaltung hinweg. In der Antwort der Verwaltung wird die Zurückhaltung deutlich, die man hier spürt, nach dem Motto: Wir machen, was aufgrund gesetzlicher Vorgaben zu tun ist. Mein Kollege Borner hat neulich gesagt, es fehlt das Herzblut bei dieser Aufgabe.

Wir möchten, dass nachhaltige Vergabe und Beschaffung als Querschnittsaufgabe begriffen wird, gemeinsam mit dem Gemeinderat Nachhaltigkeitsziele definiert werden

und dass wir uns gemeinsam auf eine Umsetzungsstrategie festlegen, die alle Ämter auf diese Zielsetzung und Umsetzung verpflichtet.

Mit der Schaffung der zentralen Vergabestelle haben wir einen guten Anfang gemacht. Es macht mich auch hoffnungsfroh, dass wir hier weitermachen können, was als Aufgabe der zentralen Vergabestelle definiert wird und was Sie auch im Einzelnen hier schon zum Anlaufen gebracht haben. Ich habe mir auch andere Städte angeschaut, wie dort das Leitbild – es wird zum Teil als Leitbild formuliert -, auch Nachhaltigkeitsaktivitäten zentral bekannt gemacht wird. Es wird auch die Verwaltung auf nachhaltige Ziele verpflichtet. Wichtig ist bei all diesen Dingen, dass die Ziele und Umsetzungsschritte zentral vermittelt und veröffentlicht werden. Damit wird Fortschritt und auch Stillstand sehr deutlich und damit auch Einflussnahme möglich gemacht.

Was mich ein wenig überrascht hat, ist, wie auf unseren Vorschlag reagiert wurde, diese Zielvorgabe in die Fortschreibung des ISEK 2020 einzufügen. Ich habe ein paar Zitate aus dem ISEK und seiner Zielsetzung zusammengestellt. Da heißt es z. B., „Der integrierte Ansatz nimmt die ökonomische, die ökologische, die soziale und kulturelle Dimension in gleicher Weise in den Blick und stellt ein tragfähiges Gleichgewicht her. Eine gemeinsame Handlungsgrundlage für alle Akteure der Karlsruher Stadtentwicklung soll das ISEK sein, mit Leitvorgaben werden Prioritäten gesetzt, um die vielfältigen Potentiale der Stadt im Sinne einer nachhaltigen und ausgewogenen Stadtentwicklung zu nutzen. Das ISEK formuliert Leitplanken und gibt Orientierung, nicht nur für Gemeinderat und Verwaltung, sondern auch für die Bürgerschaft.“ Also, das ISEK formuliert Leitplanken, auch für die Verwaltung. Deshalb ist mir die Antwort der Verwaltung unverständlich, wenn ausgeführt wird, ISEK sei ein Strategie- und Zielkonzept, das nicht das stadtinterne Verwaltungshandeln abbildet.

Selbstverpflichtung der Stadtverwaltung muss vielmehr zentrale Aussage jedes Stadtentwicklungskonzepts sein. Nur wer sich selbst den gesetzten Zielen unterwirft, ist glaubwürdig. Das macht unser ISEK 2020 auch sehr deutlich. Wir bestehen deshalb darauf, dass bei der Fortschreibung von ISEK 2020 die organisatorischen Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaften der Verwaltung definiert werden und dieses als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe verankert wird.

Stadträtin Mußnug (CDU): Wer sich mit dem Vergaberecht näher beschäftigt und auch das Vergabeverfahren der Stadt Karlsruhe angeschaut hat, der ist von dieser Verwaltungsantwort nicht überrascht. Denn sie gibt die rechtliche Lage und die täglich Praxis wieder. Wir haben im Vergaberecht nun einmal rechtliche Vorgaben, bei denen man ganz im Detail darauf achten muss, nicht in eine unzulässige Diskriminierung durch die Verwendung bestimmte Kriterien zu kommen.

Ich denke, hier muss man sauber differenzieren, ob man die Verwaltung allgemein auf ein nachhaltiges Handeln verpflichten möchte, oder ob man das konkret in den Vergabeverfahren tun möchte. Hier bitte ich zu trennen. Unsere Fraktion ist mit der Verwaltungsantwort sehr zufrieden, dass wir schon die gesetzlichen Vorgaben erfüllen, dass wir zudem über die gesetzlichen Vorgaben hinaus, hier nachhaltige Elemente in unseren Vergabeverfahren anwenden. Darüber ist die Dienstanweisung vorhanden.

Zum ISEK: Das ist im Prinzip genau das. Es ist eine allgemeine Vorgabe. Es geht nicht um die konkreten Vergabeverfahren. Wir möchten die Verwaltung für ihr gutes und voraussichtiges Handeln im Bereich der Vergabe loben.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Liebe SPD, wir freuen uns, dass Ihr gute Ideen erkennt und diese weiter verfolgt. Insofern freuen wir uns sehr über euren Antrag.

Soziale und ökologische Politik fängt bei den Vergaben an. Wir allen wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher bewusste Entscheidungen treffen, wenn sie einkaufen gehen. An dieser Stelle kann die Stadt Karlsruhe Vorbild sein. Einen ähnlichen Antrag gab es – wie vorhin schon erwähnt – bereits von uns Grünen im Jahr 2013. Aber, wie der SPD ist auch uns aufgefallen, dass die Umsetzung einige Zeit braucht. Und das trotz einer damals positiven Antwort der Stadtverwaltung. Wir freuen uns deshalb, dass die SPD das Thema wieder in den Vordergrund rückt und schließen uns ihren Forderungen an.

In Anbetracht der positiven Antwort bezüglich der Übertragbarkeit der Vorgaben auf die städtischen Gesellschaften bitten wir darum, dass dies dann auch konsequenterweise umgesetzt wird, wenn das Konzept erarbeitet ist. Wir sind der Auffassung, dass die Vergaberichtlinien ein umfassendes Thema sind und unterstützen deshalb auch die SPD in ihrer Auffassung, dass diese ins ISEK aufgenommen werden sollten.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Prinzipiell klingt der Antrag ganz gut. Aber eigentlich sind das Dinge, die wir schon einmal beschlossen haben und die für uns eigentlich klar sind, dass wir sie so machen wollen. Von daher ist es jetzt tot geschlagene Zeit. Das hätte man auch auf anderem Wege machen können, als jetzt noch einmal einen Antrag zu stellen.

Stadtrat Hock (FDP): Ich möchte es auch kurz machen für die FDP-Fraktion. Die Verwaltungsantwort gibt vor, dass dieses, was gefordert wird, jetzt schon in der Umsetzung ist und weiter verfolgt wird. Von daher sind wir mit der Antwort der Verwaltung in diesem Bereich vollkommen zufrieden. Wir denken, dann ist der Antrag der SPD-Fraktion mit der Antwort eigentlich soweit erledigt. Aber das müssen Sie für sich selber entscheiden.

Der Vorsitzende: Ich kann die Kritik, Frau Stadträtin Fischer, an unserer Antwort nicht so ganz nachvollziehen. Vielleicht fehlt unserer Antwort der euphorisierte Touch, aber es ist dennoch eine sehr sachliche Abarbeitung der Möglichkeiten, die wir bisher in unserem Vergaberecht für diesen Bereich sehen. Ich möchte aber nicht weiter streiten wollen, sondern Ihnen den Vorschlag machen, das Ergebnis der Arbeitsgruppe Gesamtstädtischer Einkauf Beschaffungsmanagement, was verbunden ist mit einer weiteren Entwicklung unserer zentralen Vergabe, einmal im Fachausschuss miteinander zu diskutieren, was ist bisher drin, was würden Sie sich noch vorstellen. Und dann aber auch, welche rechtlichen Beschränkungen sehen wir, die Sie vielleicht politisch nicht teilen. Aber dann muss man sich darüber einigen.

Das Thema ISEK würde ich gerne vertagen, weil ich mir gar nicht so sicher bin, ob wir ISEK jetzt ständig fortschreiben, oder ob wir nicht einmal die Strategien daraus entwi-

ckeln müssen, die wir zentral die nächsten paar Jahre angehen müssen. Bestimmte Dinge haben sich auch erledigt. Ich will das jetzt nicht vom Tisch wischen, aber lassen Sie uns jetzt konkret die Nachhaltigkeit in der Vergabe angehen. Das ist Ihr Begehrt. Das tun wir dann über diese Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe wird bis nächsten Sommer, denn es geht auch um Haushaltsvorbereitung, zumindest ein erstes Zwischenergebnis haben. Dann kann man diese Dinge noch einmal miteinander besprechen. Wir nehmen das dann auf als Teil dieser Diskussion. Wär das in Ordnung?

Stadträtin Fischer (SPD): Nur ein Zusatz: Mir ist ganz wichtig, wie es in anderen Städten gemacht wird, dass die politischen Akteure stärker einbezogen sind, dass auch für uns alle Möglichkeiten transparent sind in allen Ausschüssen.

Der Vorsitzende: Bei den grundsätzlichen Diskussionen über Vergabekriterien können wir sicherlich Transparenz herstellen in den Fachausschüssen. Bei den Vergaben selber würde ich abraten, sich da einmischen zu wollen. Sie wollen auch noch ein bisschen Freizeit haben.

Damit würde ich diesen Punkt abschließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
21. Oktober 2015